

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	38
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	"Stuttgart ruft den Klimanotstand aus - Klimaneutralität bis zum Jahr 2030" - Antrag Nr. 358/2020 vom 31.08.2020 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)		

Vorgang: Gemeinderat vom 08.10.2020, öffentlich, Nr. 293
Ergebnis: Zurückstellung

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Als Antragsteller zu diesem TOP erläutert StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), die Klimaveränderung spitze sich weiter zu. Im September dieses Jahres habe die globale Durchschnittstemperatur das erste Mal einen im Vergleich zur vorindustriellen Epoche um 1,5 Grad Celsius erhöhten Wert vorgewiesen. Derzeit liege der globale CO₂-Wert bei 411 ppm in der Atmosphäre und steige im nächsten Jahr voraussichtlich auf 420 ppm an. Diese ungebremste Entwicklung stelle eine fundamentale und drastische Infragestellung der gesamten Existenz dar. Daher vertrete seine Fraktion die Auffassung, nach sechs Monaten sei es an der Zeit, einen erneuten Antrag auf Ausrufung des Klimanotstands in der LHS zu stellen. An StR Kotz

gewandt erklärt er, diese Maßnahme habe in den nächsten Jahren höchste Priorität, und es sei wichtig, sich hierzu zu bekennen. Zudem stelle dies einen wichtigen Schritt dar, das Handeln des Gemeinderats und der Verwaltung zu bestimmen. Eine Studie des Wuppertal Institut sage aus, mit massiven gemeinsamen Anstrengungen sei in Deutschland die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 möglich. In der LHS als einer der vermögendsten Kommunen müsse dieses Ziel ehrgeiziger ausfallen und in einer Vorreiterrolle die Klimaneutralität bereits im Jahr 2030 erreicht werden. Von Monat zu Monat wachse die Dringlichkeit dieses Themas. Die wissenschaftliche Forschung zeige auf, die Ziele seien erreichbar, falls die Sektoren Gebäude, Verkehr, Energieerzeugung und Industrie gemeinsam angegangen würden. Gerade als Industriestandort sei für die LHS hinsichtlich der Klimaziele eine klare Kommunikation wichtig. Falls diese Ziele bis 2035 erreicht sein sollten, müssten bereits zum jetzigen Zeitpunkt klare Investitionsentscheidungen im Industriebereich getroffen werden. Anderenfalls seien die Maschinenlaufzeiten auch bei der Energieerzeugung zu lange. Jede Investition sei mit einer gewissen Laufzeit verbunden. Alle Entscheidungen, die der Gemeinderat mit dem Szenario der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 getroffen habe, seien falsch, wenn die Klimaneutralität bereits früher erreicht werden solle. Er hoffe auf eine Mehrheit bei der heutigen Abstimmung des Antrages seiner Fraktion und auf ein klares Bekenntnis der Stadträtinnen und Stadträte zu diesem Ziel. Es sei klar, die vorzeitige Klimaneutralität der LHS bereits bis zum Jahr 2030 stelle die größte Anstrengung der Stadtgeschichte dar.

BM Pätzold erwidert auf die Äußerung von StR Rockenbauch, die LHS müsse bei der Klimaneutralität eine Vorreiterrolle einnehmen und ein klares Bekenntnis abgeben, ein klareres Bekenntnis als die Stadt Stuttgart mit dem letztjährig beschlossenen Klimaschutzpakt in Höhe von 200 Mio. Euro und den beschlossenen Zielen bei den CO₂-Emissionen könne es nicht geben. Keine andere Kommune habe 200 Mio. Euro in den Klimaschutz investiert und eine Energierichtlinie hervorgebracht, die bei Neubauten den Energieplus-Standard vorsehe. Aus Folie 2 der diesem TOP angehängten Präsentation gehe hervor, die LHS sei bei der Reduzierung der Emissionen ehrgeiziger als das Land, der Bund und die EU. Allerdings stehe man in Verbindung mit den anderen Ebenen und benötige diese zur Erreichung der Klimaziele. Zur Bezeichnung "Klimanotstand" wolle er sich nicht äußern, da sich sonst eine längere Diskussion ergebe. So habe die Stadt Konstanz mit großer Ankündigung den Klimanotstand ausgerufen. Das Ergebnis stelle allerdings eine Enttäuschung dar, da mit der Ausrufung des Klimanotstandes keinerlei Wirkung erzielt worden sei.

StR Rockenbauch müsse klar sein, die Verwaltung befinde sich bereits seit langer Zeit in der Umsetzung der beschlossenen Ziele. Hierbei müsse die Energie in die Tat umgesetzt werden, so BM Pätzold. So habe der Gemeinderat ein neues Sanierungsprogramm beschlossen, und derzeit werde die Solaroffensive durchgeführt. Zudem bestehe ein Programm, bis zum Jahr 2030 alle städtischen Gebäude mit PV zu belegen. Die Verwaltung prüfe die Ergebnisse des Wuppertal Instituts und werde deren Vertreter in eine Sitzung einladen. Eine spannende Diskussion werde in den nächsten Jahren aufkommen, da die EnBW deren Klimaneutralität angekündigt habe. Die LHS sei abhängig davon, in welcher Art die großen umliegenden Stromversorger Klimaneutralität erreichen würden. StR Rockenbauch dürfe nicht nur den Verzicht auf Erdgas fordern, sondern müsse hierfür Alternativen aufzeigen. Diese dürfte allerdings nicht die Energiegewinnung aus großflächigem Maisanbau statt aus Erdgas darstellen, da dies aus ökologischer Sicht katastrophal sei. Er sei zu einem gewissen Teil enttäuscht von den Ausführungen von StR Rockenbauch, da er erwartet habe, der Stuttgarter Gemeinderat trete selbstbewusst bei anderen Kommunen auf und verweise auf die zahlreichen In-

vestitionen hinsichtlich der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen. Hierbei habe die Stadt nicht lediglich plakative Äußerungen über Klimaziele getätigt, sondern diese mit konkreten Maßnahmen unterfüttert und in die Zukunft investiert. Nun sei es an der Zeit, die Bürgerschaft bei den Maßnahmen einzubinden und die Energieeffizienz und Energieeinsparung voranzubringen. Da die Gebäude der Stadtverwaltung lediglich vier Prozent des CO₂-Ausstoßes ausmachten, sei die Beteiligung einer breiten Bevölkerungsschicht nötig. Bei jedem Bauvorhaben prüfe die Verwaltung das Thema Klimaschutz und habe den Aspekt der CO₂-Bepreisung höher angesetzt als die Bundesregierung.

StR Boy (90/GRÜNE) stimmt den Ausführungen von BM Pätzold zu und zeigt sich verwundert, warum das Thema Klimanotstand erneut in der Tagesordnung behandelt wird. Er vermutet, dieses ist dem OB-Wahlkampf geschuldet. Allerdings sei der Bereich Klimaschutz zu wichtig, um als Wahlkampfthema eingesetzt zu werden. Er könne StR Rockenbauch zustimmen, hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes müsse zügig gehandelt werden. Das vom Gemeinderat beschlossene Klimaschutzprogramm sei sehr ambitioniert und beziehe sich auf alle Sektoren (Ernährung, Wärme Strom, Verkehr usw.) Wenn die Zahlen und die auf den Weg gebrachten Programme betrachtet würden, zeige sich ein guter Weg. Der von BM Pätzold angesprochene Aspekt der Einbeziehung einer breiten Bevölkerungsschicht stelle eine große Aufgabe dar. Mit der Ausrufung des Klimanotstands oder des Beschlusses der Klimaneutralität bis 2030 würde nicht eine Tonne CO₂ eingespart. Vielmehr müsse geprüft werden, mit welchen Maßnahmen am effizientesten CO₂ und andere Treibhausgase eingespart werden könnten. Hierbei helfe der Antrag nicht weiter, auch wenn er im Wahlkampf gut ankomme.

Am gestrigen Tag habe er eine E-Mail von einer "Fridays-for-Future"-Vertreterin erhalten, so StR Kotz (CDU). Diese E-Mail habe den Wunsch beinhaltet, zu diesem TOP der heutigen Sitzung zuzustimmen. Er habe geantwortet, er sei enttäuscht darüber, dass einerseits für den Klimanotstand geworben werde, andererseits jedoch nicht für die TOPs 3 und 4 (Förderprogramme für PV-Anlagen und Wärmepumpenanlagen mit regenerativen Energien) geworben werde. Die Programme würden konkret messbar den CO₂-Ausstoß bei jeder Anlage reduzieren, während der Antrag auf Klimanotstand lediglich eine plakative Überschrift darstelle. BM Pätzold habe richtigerweise ausgeführt, konkrete Maßnahmen seien für den Klimaschutz wichtig. Verwaltung und Gemeinderat hätten gemeinsam vereinbart, die Klimarelevanz der Bauprojekte, Investitionen und Beschaffungen zu prüfen. Dies bedeute jedoch nicht, sich im Abwägungsfall stets für den Klimaschutz zu entscheiden.

StRin Schanbacher (SPD) betont, beim Thema Klimaschutz werde keine Luftnummer oder kein Wahlkampfbeitrag benötigt, sondern konkrete Schritte zum Schutz des Klimas. Die zahlreichen Maßnahmen hierzu sollten durchaus in der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Sie erinnert an den Antrag ihrer Fraktion, eine Milliarde Euro in den Umbau in erneuerbare Energien der SWS zu investieren, wogegen sich jedoch die Mehrheit des Gemeinderats incl. der Fraktionsgemeinschaft von StR Rockenbauch ausgesprochen habe. Hinsichtlich der Folie 2 in der von BM Pätzold dargestellten Präsentation sei erstaunlich, dass die von 90/GRÜNE angeführte Landesregierung mit der geplanten Reduzierung der Treibhausmissionen um 42 % bis zum Jahr 2030 die am wenigsten ambitionierten Klimaschutzziele habe. Dagegen stelle die um 65 % geplante Emissionsreduzierung der LHS bis zum Jahr 2030 ein wesentlich ehrgeizigeres Ziel dar.

In ihrer Fraktion herrsche keine Einigkeit hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens über den vorliegenden Antrag, betont StRin Königeter (PULS). Daher werde sie sich bei der

heutigen Abstimmung enthalten. Sie könne den Antrag nachvollziehen, da sich dieser positiv auf das Thema Kommunikation auswirke. In der Stadt Konstanz habe die Ausrufung des Klimanotstandes ein großes Medienecho hervorgerufen. Dagegen habe die Stadt Stuttgart 200 Mio. Euro in das Klimaaktionspaket investiert, was allerdings in der Öffentlichkeit nahezu nicht kommuniziert werde. Sie habe bezüglich der städtischen Website geprüft, wie das Thema Klimaaktionsprogramm kommuniziert werde. Nach einem ansprechenden Einleitungstext sei die entsprechende Gemeinderatsdrucksache angehängt, die sehr viele Fremdwörter und Themen beinhalte. Während der Gemeinderat in das Thema gut eingearbeitet sei, sei dies für diejenigen Teile der Bürgerschaft, die sich wenig mit dem Bereich beschäftigt hätten, zunächst relativ unverständlich. Daher müsste das Thema Klimaschutzprogramm besser kommuniziert werden. Dies stehe nicht damit im Zusammenhang, dass die städtischen Gebäude lediglich einen Anteil von vier Prozent besäßen, sondern vielmehr damit, dass viele Maßnahmen in der Öffentlichkeit nicht bekannt seien. Mit einer Ausrufung des Klimanotstands würde auf den Aspekt des Klimaschutzes mehr Aufmerksamkeit gelenkt, und dieses wirke über das Stadtgebiet hinaus. Zudem würden in diesem Fall überregionale Medien über die LHS positiv berichten. Sie könne einerseits aus diesem Grund dem Antrag zustimmen, andererseits solle jedoch nicht der Begriff des Klimanotstands verwendet werden. Diese Ausführungen begründeten ihre heutige Enthaltung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Politische Richtungen würden sich ändern, betont StR Rockenbauch. So sei aufgrund der "Fridays-for-Future-Bewegung" das Klimaaktionspaket zustande gekommen. Als Schwierigkeit sieht er den Aspekt, einen Widerspruch zwischen Zielen und Maßnahmen trotz der Gemeinsamkeiten der Fraktionen konstruieren zu wollen. Ziele seien wichtig, da sie einen Gradmesser darstellten, ob die Maßnahmen richtig und ausreichend seien. Die von BM Pätzold dargelegten Ziele seien der falsche Gradmesser. Zwar seien sie gut für das Image im Vergleich zu anderen Städten. Entscheidend sei jedoch, ob diese der Notwendigkeit der Herausforderung des Klimawandels angemessen seien. Dies stelle den entscheidenden Grund dar, warum der Stadtrat den Zeitpunkt der Klimaneutralität bereits auf das Jahr 2030 vorziehen wolle statt dem Jahr 2050. In der Präambel des 200 Millionen EURO umfassenden Klimaschutzpakets sei formuliert, man bekenne sich zum 1,5-Grad-Celsius-Klimaziel. Dies sei jedoch nicht mit den dargelegten Zielen möglich. Wer die falschen Ziele wähle, beruhige sich selber, da falsch gemessen und falsch bewertet werde. Daher müssten gemeinsam ambitioniertere Maßnahmen getroffen und nicht lediglich auf dem Papier formuliert werden. Hierfür sei das 200 Millionen Euro umfassende Klimaschutzpaket nicht ausreichend. Die LHS besitze Steuerungshebel, die weit über ihren Gebäudeanteil von vier Prozent hinausgingen, da sie mit der von ihr zur Verfügung gestellten Infrastruktur das Verhalten der Bürgerschaft positiv oder negativ beeinflussen könne. Die Studie des Wuppertal Instituts zeige, bis zum Jahr 2035 werde sich der Verkehr deutschlandweit auf lediglich ein Drittel des heutigen Umfangs reduzieren. Dies bringe die Notwendigkeit einer umfangreichen Neuordnung der Stadtentwicklung und der Wirtschaft mit sich. Über alle Beschlüsse hinweg müsse es eine übergeordnete Gesamtplanung geben.

BM Pätzold erwidert, in der Vergangenheit sei nicht lediglich eine Zieldiskussion geführt worden. Vielmehr hätten in zwei Sitzungen mit einer Dauer von acht Stunden Diskussionen über Klimaschutzmaßnahmen und deren Wirkungen stattgefunden. Zudem habe eine Aussprache über die Verwendung der finanziellen Mittel für rasch umsetzbare Maßnahmen erfolgt. Insgesamt habe sich der Gemeinderat sehr intensiv mit dem Klimaschutzaktionsplan befasst. Das beschlossene 200 Millionen umfassende Programm komme zusätzlich zu den bereits bestehenden Klimaschutzmaßnahmen hinzu. So liefen

bereits Programme zur Anpassung an den Klimawandel in der Stadt sowie zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV. StR Rockenbach erwecke den Eindruck, dass lediglich eine Zieldiskussion geführt und danach willkürliche Maßnahmen beschlossen worden seien. BM Pätzold stimmt dem Stadtrat in seiner Auffassung zu, die Klimaschutzmaßnahmen müssten zügig umgesetzt und die Kommunikation hierüber verbessert werden. Es sei eine Art Stuttgarter Angewohnheit, positive Aktivitäten nicht entsprechend in der Öffentlichkeit darzustellen. Daher sei eine zusätzliche Stelle im Klimaschutzreferat für das Thema Öffentlichkeitsarbeit geschaffen und mittlerweile besetzt worden.

An StR Köngeter gewandt erklärt BM Pätzold, auf der Internetseite des Energieberatungszentrums (EBZ) könne ein Fenster mit dem Inhalt: "Sanieren Sie jetzt - Stadt und Bund zahlen die Hälfte" auf einfache Weise geöffnet werden. Seit dem 03.09. gelte die neue Energierichtlinie. Diese wichtigen Informationen müssten der Bürgerschaft klar vermittelt werden. In dem Netzwerk der LHS mit anderen Städten (Energy Cities) sei ausführlich über die zahlreichen Aktivitäten der Stadt zum Thema Klimaschutz berichtet worden. So existiere bereits seit Jahrzehnten eine Bürgerenergie richtlinie mit einem höheren Energiestandard bei Gebäuden. Ebenso werde bereits im NeckarPark die Abwasserwärme genutzt, was andere Städte jetzt erst durchführen würden. Die Verwaltung werde die Studie des Wuppertal Instituts und deren Auswirkungen auf die LHS prüfen. Daher bestehe der Auftrag, Gespräche mit der EnBW hinsichtlich deren Ankündigung der Klimaneutralität zu führen. Es sei hierbei interessant, welche Bedeutung diese Ankündigung für die Energieversorgung und den Klimaschutz der Stadt habe. Das Thema Klimaschutz sei durch den Beschluss des Klimaschutzpakets bei Weitem nicht beendet. Er könne sich an nicht eine Sitzung des STA oder AKU erinnern, in der nicht die Themen Klimaschutz und Energieeinsparung behandelt worden seien. Die Stadt sei im Bereich Klimaschutz auf einem guten Weg, und die Ambitionen hierzu sollten auf einem hohen Niveau beibehalten werden, wie im Klimaaktionsplan beschlossen.

Es sei zu begrüßen, so StR Urbat (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), dass die Verwaltung die Studie des Wuppertal Instituts durchsehen werde. Aus seiner Sicht sei die Studie nicht ehrgeizig genug aufgestellt, da sie lediglich eine 50%ige Chance der Einhaltung des 1,5 Grad Celsius-Zieles beinhalte. Zudem räume die Studie selber ein, das Abtauen der Permafrostböden nicht berücksichtigt zu haben.

BM Pätzold stellt den Antrag zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt lehnt den Antrag Nr. 358/2020 mehrheitlich mit 2 Ja-, 12 Gegenstimmen sowie 1 Enthaltung ab.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Herrn Oberbürgermeister
zur Weiterbehandlung
S/OB
Klimaschutz
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 2. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS